

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für Nürnberg veröffentlicht Selbstbestimmtheit und Teilhabe im Alter ermöglichen

Im nächsten Sozialausschuss wird das sozialpolitische Gesamtkonzept für Nürnberg vorgestellt. Damit wird eine Forderung des Stadtseniorenrats und der Rathaus-SPD umgesetzt.

„Uns war es dabei wichtig, dass der Blick auf das Leben im Alter möglichst weit gefasst ist und nicht nur auf einen Aspekt, z.B. die Verfügbarkeit von Pflegeplätzen reduziert wird. Mit dem nun vorliegenden Gesamtkonzept wurde diese Vorgabe sehr gut umgesetzt. Es stellt einen guten strategischen Handlungsrahmen dar, in dem vorhandene Angebote dargestellt werden, aber auch Herausforderungen und Handlungsbedarfe aufgezeigt werden. Dabei reicht die Bandbreite der Themen von den Bereichen Gesundheit, pflegerischen Versorgung über Wohnen, Verkehr bis zu Generationenbeziehungen und der Digitalisierung“, freut sich die Antragstellerin Gabriele Penzkofer-Röhl.

Stadträtin Claudia Arabackyj ergänzt: „Unser Ziel ist es, Teilhabechancen und möglichst viel Selbstbestimmtheit im Alter zu ermöglichen. Dabei sind auch die Schwerpunkte, die die Verwaltung in nächster Zeit legen will, aus unserer Sicht goldrichtig: Das Megathema Pflege und „Verbesserung der Pflege“ haben wir bereits in den letzten Haushaltsberatungen als einen inhaltlichen Schwerpunkt definiert. Der von uns initiierte Pflegepreis kann im Sinne eines Best-practice-Austausches hier einen kleinen Beitrag leisten. Aber auch die Frage, wie ausgeprägt Altersarmut ist und wie man sie bekämpfen bzw. vermeiden kann, wird sich künftig nach allen Erkenntnissen vermehrt stellen. Wir sind überzeugt, dass Nürnberg mit seinen vielfältigen Angeboten, wie z.B. den Mittagstischen, SIGENA-Treffs oder Seniorennetzwerken bereits richtige Weichenstellungen getroffen hat, um möglichst niedrigschwellige Zugänge auch für Menschen mit wenig Einkommen zu schaffen. Aber natürlich muss auch hier geschaut werden, wo vielleicht noch ergänzende Angebote geschaffen werden sollten oder welche Gruppen wir noch zu wenig erreichen.“

Nürnberg, 12. Oktober 2018